

# Kein „Capacity-as-Usual“

*15 Jahre Akademie für Nachhaltige Entwicklung*  
Konzertfoyer Schwerin, 10.6.2016

**Festvortrag von Prof. Dr. Günther Bachmann**

Sehr geehrter Herr Brenncke, sehr geehrter Herr Adolphi, sehr geehrter Herr Minister Backhaus und sehr geehrte ehemalige Minister, meine Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Stifter, meine Damen und Herren!

Gratulation zu 15 Jahren ANE. In unserer schnelllebigen Zeit sind fünfzehn Jahre eine ganze Menge. Blicken wir zurück, sind wir immer erstaunt, was alles geschehen ist, im positiven und negativen.

Die Idee der Nachhaltigkeit erreicht stetig weitere Kreise. Das ist gut, aber wir müssen realistisch bleiben: Europa richtet sich derzeit nicht vorrangig an Nachhaltigkeit aus. Mehr noch, auch bei uns gewinnen rechte Ressentiments und das Aufkündigen politischer Vernunft an Einfluss. Ihre Exponenten sind so weit weg von Nachhaltigkeit, dass sie die Nachhaltigkeitsdebatte noch nicht einmal ignorieren. Wer eine nachhaltige Gesellschaft voranbringen will, dem weht der Wind eher ins Gesicht. Die demokratischen Parteien reagieren nervös und verunsichert.

Für diese Situation hatte Bertrand Russell ein passendes Wort: „Das ist der ganze Jammer: Die Dummen sind so sicher und die Gescheiterten so voller Zweifel.“

Wer heute Nachhaltigkeit machen will, muss das ändern wollen. Und er sollte davon ausgehen, dass es geht und gelingen kann.

Ihr Beispiel ist dabei wichtig. Eine Stiftung einzurichten, das setzt auf Dauerhaftigkeit und Beständigkeit. Stiftungslösungen liegen für die Institutionalisierung von Nachhaltigkeit eigentlich so dermaßen auf der Hand, dass man sich fragt, warum es nicht öfter gemacht worden ist. Jedenfalls in Ihrem Fall hier in Mecklenburg-Vorpommern hat es sich gelohnt.

Es unterstreicht die Weitsicht der Stifter, dass sie auf den Begriff Nachhaltigkeit gesetzt haben. Der war 2001 noch nicht so breit akzeptiert wie das heute der Fall ist. Damals begegnete er hartem Misstrauen. Ökologen befürchteten einen trojanischen Versuch, die Umweltpolitik zu bremsen. Der Einsatz für Nachhaltigkeit galt unter Umweltpolitikern nicht als karrierefördernd. Lange Jahre hatten wir einen semantischen Stellungskampf: Sollte man „nachhaltig“ sagen oder wäre es unter Umweltgesichtspunkten nicht viel besser, das sustainable development als „umweltgerecht dauerhaft“ oder als „zukunftsfähig“ zu übersetzen.

Aber heute ist belegt: Nachhaltigkeitsstrategien fördern neues Denken und ein Gefühl für Zusammenhang der drei Dimensionen. Einer aktiven und kreativen Umweltpolitik nützt das eher. Schaden tut es ihr jedenfalls nicht. Was im Übrigen auch für andere Ressorts gilt. Für

das Lösen von Zielkonflikten bieten sich bessere Möglichkeiten als sie in der bleiernen Containerpolitik zu finden sind.

Ich unterstütze auch Ihren Fokus auf regionale und lokale Aktivitäten. Da haben wir eine Überschneidungsfläche. Der Rat für Nachhaltige Entwicklung berät die Bundesregierung und legt den besonderen Fokus auf die bundespolitische Seite. Aber wir haben von Anfang an klar auch die regionale und lokale Sicht betont.

Wir zeichnen jährlich zivilgesellschaftliche Projekte als *Werkstatt N* aus. Für 2016 waren dabei auch zwei Projekte aus Ihrem Land. Die BioBoden Genossenschaft eG will die Anbaufläche für Bio-Lebensmittel in Deutschland vergrößern. Jeder kann mitmachen und sich engagieren. Die KinderAkademie im ländlichen Raum vermittelt kulturelle Bildung in kostenlosen außerunterrichtlichen Werkstätten.

Wir engagieren rund dreißig Oberbürgermeister am Dialog „Nachhaltige Stadt“. Hier täten uns weitere, freiwillige Mitmacher gerade auch aus Ihrer Region gut. Gerade letzte Woche ging es in diesem Kreis um die hochaktuelle Frage, wie sich ein OB für die Schaffung bezahlbaren Wohnraumes so einsetzen kann, dass die Natur erhalten und Fläche geschont werden kann.

Unser Nachhaltigkeitskodex spricht vor allem mittleren und kleinen Unternehmen an.

Den Deutschen Nachhaltigkeitspreis, Europas prestigeträchtigste Anerkennung von Nachhaltigkeitsleistungen, haben wir insbesondere auch für kleine Gemeinden des ländlichen Raumes geöffnet. Hervorragende Beispiele kommen aus Furth, der Samtgemeinde Barnstorf oder der Insel Juist.

Der Nachhaltigkeitsrat richtet derzeit vier Regionale Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien ein. Wir können diesen für fünf Jahre eine substantielle Förderung aus dem Bundeshaushalt zugänglich machen. Die ANE hat sich im Verbund beworben. Auch wenn unsere Vergabeentscheidung zu Gunsten des Vorschlages aus Hamburg ausgegangen ist, so ist der Weg aber dennoch offen für Ihre Mitarbeit und zu einem konstruktiven Miteinander.

Die Einrichtung und bundespolitische Förderung der RENN wäre vor wenigen Jahren noch nicht möglich gewesen. Sie zeigt: Nachhaltigkeit ist zu einem Teil der Lebenswirklichkeit geworden. Die politische Kultur – dort, wo sie kreativ und der Zukunft zugewandt ist – richtet sich daran aus.

Aber das Gute bedeutet nicht, dass alles gut ist.

Wir stehen heute wo noch keine Generation vor uns gestanden hat. Noch nie war unser Vermögen größer, die Natur zu schädigen. Nie konnten Finanzkrisen mehr Menschen aus der ökonomischen Bahn werfen als heute. Noch nie zuvor hatten wir mehr Grund, vom Anthropozän zu sprechen

Aber auch noch nie zuvor wurde so intensiv nach Wegen zur Nachhaltigkeit gesucht. Noch keine Generation vor uns hatte die materiellen Mittel, um den Hunger aus der Welt zu schaffen. Noch nie zuvor fanden solche Impulsbegriffe wie universelle Nachhaltigkeitsziele,

Decarbonisierung oder Schadensneutralität der Bodennutzung Eingang in politische Verpflichtungen auf höchster Ebene.

Die Frage stellt sich: Was machen wir aus der Gleichzeitigkeit von Bedrohung und Chance?

Viele Menschen drücken das so aus: Nachhaltigkeit bei der Wahl von ökologisch und sozial verantwortlich erzeugten Produkten, Vermeidung von unnötigem Plastik, bei der Wahl ihres Urlaubsortes, in Bildungsangeboten, aber auch in Beruf und Wohnort, wo Mitgestaltung gefragt ist und wo in den Unternehmen gerade auch junge Leuten nach dem Beitrag ihres Unternehmens zur nachhaltigen Entwicklung fragen.

Nun brauchen gesellschaftliche Veränderungen nicht nur die Lebenswirklichkeit, sondern auch die Politik. Nachhaltigkeit und Politik, das fordert die so genannte Governance heraus. Seit 2002 haben wir in Deutschland erste Schritte zu einem, wie es im Angelsächsischen heißt: Management-by-objectives, gemeint ist eine Steuerung von Politik durch langfristige quantifizierte Ziele. Sie sollen weiter reichen als die Zeitabschnitte der politischen Mandate.

2001 trafen solche Ideen bei vielen Politikern auf grundsätzliche Vorbehalte. Man hielt uns entgegen, dass es undemokratisch sei, wenn sich Mandatsträger auf etwas festlegten, das sie nicht selbst schlussverantworten können. Man hielt uns einen Rückfall in planwirtschaftliches Wunschdenken entgegen. Beides ist heute überwunden. Heute ist das „Ob“ quantifizierter Ziele im Prinzip akzeptiert. Die globalen Nachhaltigkeitsziele bestätigen das. Sie zeigen auch auf, dass Nachhaltigkeit kein deutscher Sonderweg ist. Allerdings: Umso intensiver muss man heute über das „Was, Wie, Womit“ der Ziele reden.

Für Sie und die Akademie, für alle, die sich der nachhaltigen Entwicklung verpflichtet fühlen, muss daher gelten, dass auf der Welle des relativen Erfolges weder Zufriedenheit noch bescheidenes Abwarten gute Ratgeber sind. Rat kann man dagegen vom produktiven und nach vorne gerichteten, Russell'schen Sinn zuversichtlich überlegten Zweifel erwarten, ob wir auf dem richtigen Weg sind und ob nicht viel mehr möglich wäre als wir gemeinhin für gegeben halten.

Damit komme ich zum Entwurf der Nachhaltigkeitsstrategie, den die Bundesregierung soeben vorgelegt hat.

Die Bundesregierung schreibt die Nachhaltigkeitsstrategie regelmäßig fort. Aber die aktuelle Fortschreibung ist die seither intensivste Erneuerung. Ich interpretiere den Entwurf als Einladung zur entschiedenen Neuaufstellung. „Einladung“, weil der Entwurf noch wichtige Aspekte bewusst offen lässt. Viele offene Punkte der Strategie sind ein Reflex auf politisch unterschiedliche Positionen, aber viele sind auch noch in der Sache offen. Das wird die öffentliche Diskussion sicher beleben. Der Entwurf nennt viele ergänzende und wichtige Themenfelder, aber noch keine quantifizierten Ziele bis 2030. Er spricht wesentliche institutionelle und instrumentelle Änderungen als zu prüfend an, ohne sein Governance-Konzept rundzuerneuern.

Der Entwurf knüpft damit an die Feststellung des Bundeskabinetts an, das schon vor zwei Jahren ein Business-as-Usual nicht als sinnvoll angesehen hat. Das stimmt uneingeschränkt.

Aber: Die Welt jenseits des Business-as-Usual erreicht man nicht mit einem „Capacity-as-Usual“. Was jedoch weitgehend die gegenwärtige Situation beschreibt.

Ein kurzer Blick in den Entwurf der Strategie: Der Entwurf knüpft direkt an die globalen Nachhaltigkeitsziele an und stellt den Bezug zur deutschen Politik her. Das führt richtigerweise zu Konsequenzen:

Erstmals wird in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie das heimische Armutsrisiko einschließlich des Sozialtransfers thematisiert. Das Gleiche gilt für die ökonomische Ungleichheit innerhalb Deutschlands. Erstmals wird die massive Verbreitung von Kleinf Feuerwaffen adressiert, wenngleich ich einen Indikator zur Vermeidung von Exporten vorziehen würde gegenüber den Projekten, die sicherlich sehr gut sind, aber eher am Ende des Problems ansetzen.

Die ökologischen Themen werden um die globale Dimension ergänzt. Bisher war das nicht der Fall. Jetzt schließt der Indikator Rohstoffproduktivität die gesamten Vorprodukte mit ein. Die Überlastung der natürlichen Lebensgrundlagen wird umfangreicher aufgegriffen. Neben den (fortgeführten) Indikatoren für Stickstoff-Überschuss, Biodiversität und Öko-Landbau wird auch die Belastung der Landschaft durch Phosphor als Indikator aufgegriffen. Ich sehe das als ein Signal für den – ressourcenpolitisch wichtigen – Einstieg in die Wiedergewinnung von Phosphor. Die Nachhaltigkeitsstrategie soll nunmehr auch das Thema Wasser aufnehmen und etwas zur deutschen Verantwortung für die Verschmutzung der Ozeane sagen. Der Entwurf sieht hier nur eher konventionelle Indikatoren für Nord- und Ostsee vor. Aber angesichts der Bedeutung der maritimen Wirtschaft für Deutschland könnte man ja im Weiteren auch über Lösungsoptionen z.B. für die Plastikvermüllung der Ozeane nachdenken, die aus Deutschland heraus vorangetrieben werden.

Gut ist auch, dass weitere Arbeiten und Prüfungen angekündigt werden, um u.a. für die Lebensmittelverschwendung, die Bildung für nachhaltige Entwicklung und den Bodenschutz zu messbaren Indikatoren und damit zu politischen Steuerungsansätzen zu kommen.

Deutschlands Verantwortung umfasst in vielen Fällen auch den Beginn der Wertschöpfungsketten von Produkten, die hier konsumiert werden; das ist oft jenseits unserer Grenzen. Die Nachhaltigkeitsstrategie greift jetzt exemplarisch die textile Kette auf. Ein neuer Indikator stellt auf den Anteil von Produkten ab, die aus fairer und ökologisch verantwortungsvoller Produktion im Ausland stammt. Auch an anderen Stellen wird die internationale Verflechtung betont.

Zur Governance nur schlaglichtartige Bemerkungen.

Die Einrichtung des Nachhaltigkeitsrates sollte verstetigt werden und dauerhaft wirksam sein können.

Der vierjährige Rhythmus, mit dem die Nachhaltigkeitsstrategie arbeitet, muss verdichtet werden. Optionen für Maßnahmen, Gelegenheitsfenster und Leuchttürme sollen kontinuierlich geprüft und vorangetrieben werden. Hierfür müssen Wege jenseits des capacity-as-usual entwickelt werden.

Der vom Nachhaltigkeitsrat jährlich organisierte Nachhaltigkeitsgipfel (Jahreskonferenz) sollte noch intensiver als Plattform genutzt werden. Denkbar wäre es zum Beispiel, dass Stakeholder der nachhaltigen Entwicklung im Vorfeld – freiwillig und in eigener Verantwortung - Vereinbarungen zur Umsetzung bestimmter Punkte der Nachhaltigkeitsstrategie fassen.

Die Triple-Argumentation des RNE sagt, dass wir hier zu Hause Aufgaben haben und mit den Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit globale Verantwortung übernehmen. Das ist nicht neu. Neu ist der dritte Aspekt. Wir fragen nach Innovationen im Sinne von technischer, sozialer und kultureller Innovation: Wo sind die Schwarzen Schwäne? Wo sind die Standards, Messverfahren und Lösungen, die entscheidend helfen können, die SDG zu erfüllen? Wo liegen sie in Nukleus-Form vor? Wo sind die Geschäftsfelder, die 2030 zur Erfüllung der SDG beigetragen haben werden? Die systematische Beantwortung dieser Frage ist eine Governance-Aufgabe. Hier ist m.E. insbesondere auch die Wissenschaft gefragt.

Regeln sind ein wichtiger Bestandteil jeder Strategie. Mit ihnen steuert man Ziele an und greift die Defizite in der Zielerreichung auf. Die Managementregeln sind im Entwurf nur moderat weiterentwickelt. Ich bin der Meinung, sie müssen grundlegend fortentwickelt werden. Grundsätzlich müssen solche Regeln Freiheitsgrade des Entscheidens beschreiben. Sie müssen uns zu Optionen jenseits der berühmten Alternativlosigkeit befähigen. Sie müssen transparent sein und Kooperation fördern. Sie müssen wissenschaftsbasiert sein und Forschungsleistungen integrieren können.

Meine Damen und Herren, diese wenigen Hinweise stehen exemplarisch für den Entwurf der Strategie. Ich verstehe ihn als Einladung und Aufforderung an Sie, mit Ihren konkreten Erfahrungen rund um die ANE zur Fortentwicklung beizutragen. Die öffentliche Debatte hat begonnen.

Wir müssen den Zweifel, von dem Russell bedauernd sprach, zu einer Quelle der Kraft machen. Ihn also nicht einfach pausbäckig weglächeln oder überspielen, sondern ihn zu Ausgangspunkt von Zukunft machen.

Mein letzter Hinweis: Ich bin froh, dass einige Abgeordnete des Bundestag sich in dieser Woche mit einem Vorschlag beschäftigt haben, den wir per Gutachten von Prof. Dr. Joachim Wieland, dem Rektor der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer, eingebracht haben. Wir schlagen vor, der Nachhaltigkeit Verfassungsrang zu geben und das Grundgesetz zu ergänzen.

Das würde die politische Rolle der Nachhaltigkeit stärken. Es diene der demokratischen Klärung, auf welche Zukunft wir uns gemeinsam vereinbaren. Er würde helfen, die intergenerative Gerechtigkeit stärker in formal eher kurzfristige Entscheidungen einzubringen.

Der Verfassungsrang würde gegen den Russell'schen Jammer helfen. Denn er macht langfristige politischen Ziele und Implikationen erst explizit. Damit werden sie überhaupt der Diskussion zugänglich, einschließlich aller Zielkonflikte und Abwägungen, die es immer geben wird. Eingelöste Ziele müssen anerkennend und öffentlich abgehakt werden, nicht eingelöste müssen zur Verteilung von Aufgaben führen. Nachhaltigkeit im Grundgesetz nimmt Sachentscheidungen im Detail nicht vorweg, sondern fördert die politische Kraft, auch bei anspruchsvollen Zukunftsfragen zu belastbaren Entscheidungen zu kommen. Das ist ein

Kernelement der Demokratie, das heute oft zu kurz kommt. Es ist doch so: Wenn Ziele nicht erreicht werden oder Erwartungen enttäuscht werden – auch und vielleicht sogar im Kern erst Recht, wenn diese unausgesprochen bleiben – ist das häufig die Quelle von Håme gegen Politiker (die halten sich ohnehin nicht daran), rechte Ressentiments gegen „das System“ (Lügen) und einen Populismus der schlechtesten Art, der sich aus der Gesellschaft verabschiedet.

Nachhaltigkeit ins Grundgesetz – das ist eine zeitgemåÙe Forderung gegen Dumpfheit. Es ist eine Forderung für modernes Regieren, die Selbstertüchtigung der Demokratie. Nachhaltigkeit ist ein Erfordernis unserer Zeit. Sie haben vor fünfzehn Jahren die richtige Entscheidung getroffen, um den Zweifel zur Quelle von Kraft und Handlungsbereitschaft zu machen. Dafür gebührt Ihnen Dank und am heutigen Tag ein herzlicher Glückwunsch.